

EDITORIAL

Gemeinsam gegen Rassismus – damit alle bleiben!

In Zeiten des EU-Wahlkampfes positionieren sich rechtsextremistische Parteien im Norden mit »Das Boot ist voll«-Plakaten oder fordern »Heimreise statt Einreise« für Flüchtlinge. Medien berichten, in Nachbarschaften neuer Flüchtlingsunterkünfte würden sich Sorgen äußern, dass Eigenheimgrundstückspreise an Wert verlieren und Kriminalität ansteigen wird.

Auf der anderen Seite finden sich engagierte Bürgerinnen und Bürger in Freundeskreisen und Runden Tischen zusammen, um Flüchtlinge zu unterstützen und sich vor Ort gegen Rassismus und Ausgrenzung zu engagieren.

Diese unterschiedlichen Welten im Umgang mit Schutzsuchenden finden sich auch in Politik und Verwaltung. Auf europäischer Ebene verursacht die Dublin-Regelung, dass Flüchtlinge weiterhin wie Spielbälle durch Europa geschickt werden. Nicht allein das Mittelmeer wird täglich zum Massengrab von Schutzsuchenden. Die dem nassen Tod entkommen, scheitern allzu oft an Push-Backs europäischer Grenzschützer und werden so erfolgreich gehindert, überhaupt einen Asylantrag in Europa zu stellen.

Gleichzeitig werden Flüchtlinge aktiv im Rahmen des Resettlement-Verfahrens aufgenommen. In Deutschland waren das 2013 zwar gerade einmal, doch immerhin 293 Personen aus der Türkei (irakische, iranische und syrische

Staatsangehörige). 10 Personen davon sind nach Schleswig-Holstein verteilt worden. Im Rahmen der humanitären Aufnahme syrischer Flüchtlinge überwiegend aus dem Libanon sind laut Aussagen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im ersten Aufnahmekontingent bis 22.04.2014 rund 4.000 Personen ins gesamte Bundesgebiet eingereist.

Der schleswig-holsteinischen Innenminister Breitner erweitert für Flüchtlinge den Aufenthaltsbereich im Rahmen der Residenzpflicht auf das Bundesgebiet und demonstriert u.a. damit sein Bemühen um den Abbau integrationsfeindlicher Restriktionen. Inzwischen jedoch versuchte die Ausländerbehörde im Kreis Segeberg jüngst eine herausragend integrierte Flüchtlingsfamilie nach 13 Jahren Aufenthalt zu nachtschlafender Zeit abzuschieben und bringt damit die Zivilgesellschaft auf die Palme und die Landrätin in Erklärungsnot. Die Härtefallkommission hat interveniert, die Familie darf bleiben. Ende gut, alles gut?

In diesem Fall ja. In tausenden anderer Fälle bedarf es indes weiterhin der besonderen solidarischen Aufmerksamkeit von MitschülerInnen, Nachbarschaften, SportkamaradInnen, Moscheevereinen und Kirchengemeinden. Und nicht zuletzt einer Rechtslage, die einer »flüchtlingsfreundlichen Integrationspolitik« (Breitner) nicht mehr länger im Wege steht! Damit alle bleiben!

Andrea Dallek

Kiel, 29.04.2014